

STREIFZÜGE

Lüneburg

Nur ein Name auf einem Schild?

Einer wurde übersehen: Als Lüneburg nach dem Zweiten Weltkrieg seine Straßennamen von Erbschaften des Nationalsozialismus bereinigte, blieb die Carl-Peters-Straße in einem Vorort unbeachtet. Seitdem hat sie immer wieder die Gemeinde beschäftigt. Die einen sagen, Peters sei so unbekannt, dass die Kosten einer Umbenennung in keinem Verhältnis stünden. Zudem gebe es von Kiel bis Bad Hersfeld genügend andere Orte, die einen der Betreiber des deutschen Kolonialismus mit Straßen ehren. Die Befürworter einer Umbenennung weisen darauf hin, dass Peters ein im „Dritten Reich“ zum Volkshelden stilisierter Rassist gewesen sei und zwei Afrikaner aus persönlicher Eitelkeit hinrichten ließ. Das brachte dem Reichskommissar für Deutsch-Ostafrika noch während des Kaiserreiches die unehrenhafte Entlassung aus dem Reichsdienst.



Carl Peters

Zweimal schon hatte die Hansestadt Anwohner nach ihrer Meinung befragt – die Mehrheit sprach sich jeweils für den geltenden Namen aus. Die Grünen, die Kreisvereinigung der Verfolgten des Naziregimes und der Bürgerverein Lüneburg aber halten die Debatte lebendig mit Leserbriefen und Eingaben. Sie verweisen darauf, dass die Straße in den dreißiger Jahren ohne Ratsbeschluss umbenannt worden sei. Die Schüler des Elitelyzeums Johanneum – zur Reichsgründungszeit war Peters dort Schüler – stellen ihn nüchtern als Kind seiner Zeit dar. Nun muss zunächst der Kulturausschuss entscheiden und dann der Gemeinderat – denkbar ist, dass das Schild einfach mit einem erklärenden Zusatz ergänzt wird. Ein neuer Name, so befürchtet der Bürgerverein, werde auf „massiven Widerstand“ stoßen. Der Geschäftsführer einer Wohnungsbaugenossenschaft, die an der Straße zahlreiche Wohnungen vermietet, sagt schlicht, das sei „ein Name, der auf einem Schild steht“ – niemand kenne Peters mehr, niemand identifiziere sich mit ihm.

ROBERT VON LUCIUS

Alle zusammen, jeder für sich Europa und Amerika wollen die Märkte beruhigen

In Tagen der Krise

Vor dem Gipfel der Euro-Gruppe in Paris zeigten sich Merkel und Sarkozy wieder einig. Und Brown demonstrierte Führungswillen.

Von Christian Schubert und Michaela Wiegel

PARIS, 12. Oktober. Der französische Präsident Nicolas Sarkozy hat keine Sekunde gezögert, den britischen Premierminister Gordon Brown einzuladen, am Sonntag schon vor dem Gipfeltreffen der Euro-Gruppe nach Paris zu reisen. Anderthalb Stunden vor dem Treffen der 15 Staats- und Regierungschefs des Euro-Raumes traf Brown mit Sarkozy sowie mit dem Präsidenten der Europäischen Zentralbank, Jean-Claude Trichet, dem Präsidenten der EU-Kommission, José Manuel Barroso, und dem Präsidenten der Euro-Gruppe, Jean-Claude Juncker, zusammen. Das euroskeptische Großbritannien gehört zwar nicht zur Europäischen Währungsunion.

Aber derzeit geht es nicht ohne Brown und die Briten: London kann als wichtigstes Finanzzentrum Europas bei keiner Lösung außen vor bleiben. Außerdem stecken die britischen Banken tiefer als die meisten anderen Finanzhäuser Europas in der Krise. Und schließlich hat sich der politisch angeschlagene frühere Finanzminister Brown durch einen beherzten Rettungsplan wieder in den Vordergrund geschoben. Die Einladung Browns solle „die Chance der Koordinierung maximieren, auch wenn jeder weiß, dass Gordon Brown und die Engländer nicht zum Euro-Raum gehören“, hatte Sarkozy am Samstag bei der gemeinsamen Pressekonferenz mit Bundeskanzlerin Merkel in Colombey-les-deux-Eglises gesagt.

Browns Konzept sieht vor, dass sich der Staat am Kapital der britischen Banken beteiligt und mit vielen Milliarden Pfund die Refinanzierung der Finanzhäuser untereinander garantiert. Vor allem die umfassende Bürgschaft für Kredite, die Banken einander geben, findet zunehmend das Interesse der Regierungen, schließlich will man erreichen, dass sich die Banken untereinander wieder Geld leihen. „Ich werde nach Paris fahren, um die anderen europä-

schen Länder zu überzeugen, den gleichen umfassenden Ansatz zu wählen“, schrieb Brown in einem Zeitungsbeitrag. Er gewinnt bei seinen Landsleuten derzeit wieder an Popularität, weil die Briten in ihm den richtigen Mann für die Krise sehen. Als eine Stunde der Wahrheit bezeichnete er das Wochenende und die kommenden Tage.

Auch Sarkozy und Frau Merkel wollten schon am Vortag demonstrieren, dass sie den Ernst der Lage erkennen. Angesichts der zugespitzten Lage an den Finanzmärkten „stehen Frankreich und Deutschland wieder Seite an Seite“, verkündete der französische Präsident in Colombey-les-deux-Eglises. Frau Merkel sprach die „historische Verantwortung“ beider Länder an, angesichts der Finanzkrise eine „abgestimmte Reaktion“ in Europa zu vereinbaren. „Es muss ein gemeinsames Vorgehen in Europa geben, aber es muss auch die



Merkel und Sarkozy am Samstag Foto dpa

Möglichkeit geben für die Länder, flexibel nach der jeweiligen nationalen Situation zu reagieren“, sagte die Kanzlerin.

Das lange geplante Treffen zu Ehren de Gaulles und Adenauers in Colombey-les-deux-Eglises diente dabei dem unausgesprochenen Ziel, die deutsch-französischen Unstimmigkeiten im Krisenmanagement auszuräumen. In Frankreich hatte sich viel Unmut über das Vorgehen der Bundesregierung angestaut, war in Paris das deutsche „Nein“ zu einem europäischen Rettungsfonds wie ein „Nein“ zu europäischer Kooperation in der Finanzkrise wahrgenommen worden. Sarkozy hatte die deutsche Haltung in deutlichen Worten gerügt, wenn man der Wochenzeitung „Le Canard Enchaîné“ glauben soll: „Sie (die Bundeskanzlerin) wollte keinen europäischen Rettungsfonds. Sie hat gesagt: Jeder kümmert sich um seinen Scheiß.“ Die Bundeskanzlerin, die vor dem G-4-Gipfeltreffen vor einer Woche im Elysée-Palast noch nationalen Lösungen das Wort geredet hatte, führte in Colombey ihre Bereitschaft zu europäischem Handeln vor. Sie deutete koordinierte Kapitalstützungen für die Banken an. „Es geht ja darum, die Banken mit ausreichend Kapital zu versorgen, so dass sie auch selbstbewusst agieren können“, sagte sie. So ebnete sie den Weg für das Treffen der Staats- und Regierungschefs der Euro-Zone am Sonntag. Kapitalstützungen seien keine Verstaatlichungen. „Insofern ist es in dem Sinne keine Verstaatlichung, dass der Staat jetzt vorhat, auf Dauer in die Banken einzugreifen, sondern es ist eine Hilfe durch den Staat“, sagte die Bundeskanzlerin.

Von der Idee eines europäischen Rettungsfonds hat sich auch Frankreich verabschiedet. Sarkozy sprach in Colombey von „gigantischen Schwierigkeiten“ der Handhabung eines europäischen Fonds vom Zugschnitt des Paulson-Planes. Es sei nicht möglich, eine Rettungsaktion mit allen europäischen Partnern innerhalb kürzester Zeit zu koordinieren, sagte Sarkozy. Das entsprach der Einschätzung, die die Bundeskanzlerin zuvor im Bundestag geäußert hatte. Wenn es im Verhältnis zwischen der Bundeskanzlerin und dem französischen Staatspräsidenten oft knirscht, so führt die Begegnung in Colombey wieder die Fähigkeit des ungleichen Duos vor, Unstimmigkeiten zu überwinden.

Köhler: Markt braucht au

Steinmeier für erweiterte G 8 als „Weltfinan

pca./wus. BERLIN/MÜNSTER, 12. Oktober. Bundespräsident Köhler hat der Bundesregierung sein Vertrauen ausgesprochen und in bislang beispielloser Deutlichkeit Moralmängel, Zynismus und Selbstzufriedenheit in der Finanzbranche kritisiert. Während Bürgerinnen und Bürger, die in Folge des Konjunkturerinbruchs vielleicht sogar ihren Arbeitsplatz verlor, „viel härter getroffen“ seien, hätten „viele von den Finanzakrobaten, die jetzt alt aussehen, trotzdem ausgesorgt“, sagte Köhler der Zeitschrift „Der Spiegel“. Der Bundespräsident war vergangene Woche aufgefordert worden, deutlicher Stellung zur Finanzkrise zu nehmen und seine Berufserfahrung in der Finanzwelt für seine gegenwärtige Amtsführung zu nutzen. Köhler, an seine Warnung vor den „Monstern“ der internationalen Finanzwelt erinnert, gestand ein: „Heute würde ich sagen, ich hätte das noch energischer aufgreifen sollen.“

Der Bundespräsident, der im kommenden Jahr abermals zur Wahl antritt, plädierte für eine Weltkonferenz, um einen „wirksamen internationalen Ordnungsrahmen“ zu erarbeiten. Köhler erinnerte dabei an das Vorbild der Konferenz von Bretton Woods, die im Jahr 1944 Lehren aus der vorhergegangenen Weltwirtschaftskrise gezogen hatte. Außenminister Steinmeier (SPD) schlug vor, eine Gruppe der wirtschaftlich prosperierenden Nationen zu gründen, die eine Neuordnung des weltweiten Finanzsystems beraten solle. „Wir brauchen eine Weltfinanzgruppe, eine erweiterte G 8, um über eine Neuordnung der globalen Finanzbeziehungen zu reden“, sagte er. Dazu sollten neben den G-8-Staaten auch aufsteigende Wirtschaftsmächte wie Brasilien, Indien, China mit gleichen Rechten und Pflichten gehören, „vielleicht auch das eine oder andere Land aus dem arabischen Raum“. Steinmeier sprach sich für das Erstellen einer völlig neuen, globalen Finanzaufsicht beim Internationalen Währungsfonds aus. „Der IWF ist das einzige etablierte Instrument mit breitem Verantwortungsbereich und hoher Autorität in den Märkten“, sagte der Außenminister vor dem Hintergrund der IWF-Jahrestagung an diesem Wochenende in Washington. Mit IWF-Chef

Dominique Straus

darüber gesproche

Es gehe eine E

der designierte l

SPD, nämlich die

und der „Reagonon

„schnelle und maxi

Priorität“ gehabt h

Akteuren am Fina

Selbstkritik vor. Es

würdiger, wenn aus

eigene Vorschläge a

die zeigten: „Wir ste

antwortung, auch u

„Der Markt bra

ler weiter, „auch M

Menge Unaufmerksam

denheit, Zynismus.“

Zustände hätten ih

gelnder Transparen

hens und in der Tat

gewusst habe, wer di

geschäfts eigentlich

habe gedacht, man

Gold machen“. Das

sagte Köhler, habe si

schaft abgekoppelt,

sich „von den ethisc

Wirtschaftens vera

aus der Mehrheit

klinkt“. Ein Teil der

„das Zocken kultu

der vor seinem Ar

des International

(IWF) in Washingto

sident des Deutsch

Giroverbandes.

Der Vorsitzende

im Bundestag, Kau

die Hoffnung, man

ein paar Schramme

auskommen. Die Ur

ten auf dem Finan

det und ob Manag

in die Haftung gen

ten, sagte Kauder

Sonntag“. Die

CDU-Vorsitzende

Handeln des Staat

wellige Vertraue

bei ist es wichtig,

einzeln handelt, so

ropa und internati

hen und dann in r

tung die Maßnah

das nicht im Inter

dern im Interesse

Berlin stellt sich auf einen Nachtragshaushalt ein

SPD: Wahrscheinlichkeit sehr hoch / Grüne: Steinbrücks Planung Makulatur / Institute sagen für 2009 nur 0,2 Prozent Wachstum

enn. BERLIN, 12. Oktober. Das geplante Rettungspaket für die deutschen Banken wird nicht ohne Auswirkungen auf den Bundeshaushalt bleiben. „Die Wahrscheinlichkeit, dass es dieses Jahr einen Nachtragshaushalt geben muss, ist sehr hoch“, sagte der haushaltspolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Carsten Schneider, dieser Zeitung. „Wie die staatlichen Haushalte belastet werden, lässt sich aber heute noch nicht seriös sagen. Das hängt vor allem davon ab, wie hoch die staatlichen Beteiligungen an Banken ausfallen – wenn es denn welche gibt – sowie in welchem Umfang es Liquiditätshilfen gibt.“

Auch der haushaltspolitische Sprecher der CDU/CSU-Fraktion, Steffen Kampeter, sieht in Beteiligungen und „Rekapitalisierungen“ das größte Risiko für den Haushalt. „Wenn es dazu kommt, werden wir unsere Budgetziele dieses Jahr nicht erreichen“, sagte Kampeter dieser Zeitung. „Was aber die Auswirkungen in den Jahren danach angeht, kann man nur spekulieren. Wenn der geplante Vertrauensfonds wirkt und sich das Weltfinanzsystem langsam wieder stabilisiert, gibt es keinen Grund für den Bundesfinanzminister, nicht wie vorgesehen für 2011 einen ausgeglichenen Haushalt anzustreben.“

Die Grünen-Finanzpolitikerin Christine Scheel sagte dagegen am Sonntag im

Deutschlandfunk: „Das, was Finanzminister Steinbrück bislang vorgelegt hat, um einen ausgeglichenen Haushalt bis 2011 zu erreichen, basiert auf einer Finanzplanung, die inzwischen Makulatur ist.“ Das Wirtschaftswachstum werde statt der prognostizierten 1,2 Prozent im kommenden Jahr „Richtung null“ tendieren. „Deswegen verlangen wir jetzt, dass der Haushalt auf den neuen Zahlen aufgebaut wird.“ Der Vorsitzende des Bundestags-Haushaltsausschusses, Otto Fricke (FDP), hatte schon nach der Sparer-Einlagen-Garantie am vergangenen Wochenende einen Nachtragshaushalt gefordert. Er hält einen bloßen Beschluss seines Ausschusses politisch für nicht ausreichend.

Ein Banken-Rettungspaket würde die Ausgaben des Staates steigern. Er müsste dann seine Nettokreditaufnahme erhöhen. Die Gesamtausgaben des Bundes addieren sich im laufenden Etat auf gut 283 Milliarden Euro. Die Neuverschuldung ist in jüngster Vergangenheit zurückgegangen. Nach den bisherigen Plänen soll sie in diesem Jahr 11,9 Milliarden Euro betragen. 2007 lag sie bei 14,3 Milliarden Euro. Nach dem Haushaltsentwurf der Regierung für 2009, über den der Bundestag noch berät, ist eine Nettokreditaufnahme von 10,5 Milliarden Euro vorgesehen. 2010 plant die Regierung mit einem Defi-

zit von sechs Milliarden Euro. Eine einfache Übertragung der voraussichtlich dreistelligen Milliardensumme aus dem Rettungspaket in die Neuverschuldung ist indes nicht zulässig, denn nicht alle Liquiditätshilfen und Bürgschaften werden in voller Höhe abgerufen.

Für die Staatsfinanzen bleibt es zudem nicht ohne Folgen, wenn sich die Finanzkrise nach und nach auf die Realwirtschaft auswirkt. So könnten die Steuereinnahmen hinter den Erwartungen zurückbleiben. Hier wird allerdings darauf ver-

Im Eiltempo in Gesetzesform

Das Banken-Rettungspaket soll im Eiltempo in Gesetzesform gebracht werden und entgegen üblichen Fristen bis Ende dieser Woche verabschiedet werden. Deshalb soll das Kabinett die Rettungsmaßnahmen schon an diesem Montag beschließen. Die Fraktionen sollen sich den Beschluss zu eigen machen und als eigenen Vorschlag noch am Dienstagabend zur ersten Lesung in den Bundestag einbringen. Am Mittwoch könnten sich die Ausschüsse damit befassen, am Donners-

wies, dass die Finanzmarktkrise für die Abschwächung der Konjunktur nicht allein ursächlich sei, sondern sie spürbar verschärfe. Die führenden Wirtschaftsforschungsinstitute rechnen wegen der Finanzkrise nur noch mit einem geringen Wirtschaftswachstum im kommenden Jahr. In ihrem Gemeinschaftsgutachten sagen die Fachleute für 2009 nur noch ein Wachstum von 0,2 Prozent voraus, wie am Sonntag aus der Bundesregierung zu hören war. Das Gutachten wollen die Institute am Dienstag vorlegen. Sie sagen voraus,

tag könnte es eine Anhörung geben. Am Freitag oder Samstag könnten Bundestag und Bundesrat das Gesetz abschließend mit Zweidrittelmehrheit billigen. Normalerweise zieht sich ein Gesetzgebungsverfahren über Monate hin, um allen Zeit zur Prüfung zu geben. Ein besonderes Eilverfahren sieht das Grundgesetz nicht vor, jedoch sind schon einige Gesetze innerhalb weniger Tage verabschiedet worden. Als bislang „schnellstes Gesetz“ gilt das Kontaktsperre-Gesetz von 1977. (enn.)

2009 werde zum auch die Arbeitslo Im vergangenen J landsprodukt in De Prozent gewachsen net der Internati (IWF) noch mit ein Prozent in Deutsch ner Stagnation. Di sich erst kurz vor Wirtschaftsberrichts die Prognose für d gen. Die Berechnun rig. Immer noch se Realwirtschaft von troffen werde, hieß

Bleibe das Wachs um rund einen Proz ren Erwartungen zu fentlichen Haushalte nahmen von rund rechnen, etwa die H Bund verloren. Haus ter plädiert dafür, mehr Privatisierung Der Haushalt würd würden sich jene du gen der Finanzkrise gramme lindern wo ze in Milliardenhö chenende der DGB und die stellvertre Andrea Nahles.

Bald wird der Bürger die Krise spüren

Die komplette Verstaatlichung der Banken müsse angesichts der internationalen Finanzkrise in Erwägung gezogen werden, meint die Amsterdamer Tageszeitung „de Volkskrant“:

„Der Weg unorthodoxer Maßnahmen muss wahrscheinlich noch weiter beschritten werden, neben der weiteren Verringerung der Zinsen. Die komplette Verstaatlichung der Banken muss dabei zumindest als eine Möglichkeit in Erwägung gezogen werden. Auch die Finanzierung von Unternehmen direkt durch die Zentralbanken, wie das in den Vereinigten Staaten die Fed bereits getan hat, ist eine ernstzunehmende Option. Solche Maßnahmen sind zwar sehr weitreichend, doch das ist diese Krise ebenfalls. Der normale Bürger spürt davon noch relativ wenig, doch es ist nur noch eine Frage der Zeit, bis die Krise sein Leben direkt beeinflusst.“

Feuer unterm sozialen Kessel

Die Tageszeitung „Le Monde“ (Paris) schreibt zum rauer werdenden sozialen Klima im Land:

„Je tiefer die Börsen stürzen und je mehr Banken Konkurs anmelden, desto mehr wird die Finanzkrise die Wirtschaft destabilisieren und das Feuer unter dem sozialen Kessel schüren. In Frankreich hat die Rezession ihr Antlitz schon vor den Stürmen auf den Finanzmärkten gezeigt. Die Arbeitslosigkeit ist im August so stark angestiegen wie seit 15 Jahren nicht mehr. Die Kaufkraft der Angestellten und Rentner ist gesunken, und sie werden die schärfer gewordenen Kreditbedingungen zu spüren bekommen. Die Krise droht die Armut und die Ungleichheiten zu verschärfen.“

Liebe muss es nicht sein

Die Pariser Sonntagszeitung „Le Journal du Dimanche“ äußert zum Verhältnis Bundeskanzlerin Merkel zu Frankreichs Staatspräsident Sarkozy:

„Die beiden Führer sind große Pragmatiker mit parallelem Werdegang. Sie entstammen derselben politischen Familie, wurden nur sechs Monate nacheinander geboren und wuchsen im selben Dschungel der Ambitionen auf. Beide haben ihren politischen Ziehvater verraten, die eine Helmut Kohl und der andere Jacques Chirac. Sie wissen, dass ihnen keine Wahl bleibt: Sie müssen sich unterstützen, damit der französisch-deutsche Motor läuft. Manchmal läuft er mehr mit dem Diesel des Kompromisses als mit dem Superbenzin der Freundschaft. Wie sagt man so schön im Kanzleramt: Man muss sich nicht gleichen oder lieben, um miteinander arbeiten zu können.“

Merkel und Sarkozy sollten mehr tun

Die Straßburger Tageszeitung „Les Dernières Nouvelles d'Alsace“ bemerkt, Bundeskanzlerin Merkel und Präsident Sarkozy müssten in der deutsch-französischen Freundschaft über Versprechungen hinausgehen:

„Liebe heißt, in dieselbe Richtung zu schauen“, schrieb Saint-Exupéry. Am Wochenende haben Sarkozy und Merkel die Formel neu erfinden wollen, um die Ernsthaftigkeit ihrer Freundschaft zu dokumentieren. Doch um über den Anschein hinauszugehen, muss das Duo sich ein konkretes Faustpfand ihrer wiedergefundenen Bindung geben. Die Kanzlerin scheint bereit zu sein, nicht mehr auf der Ego-Schiene zu fahren. Der Präsident muss aufhören, den egozentrischen und dominierenden Familienvater zu spielen.“

Hektik auf Amerikas Automarkt

Mit dem amerikanischen Automarkt und einem möglichen Kauf von Chrysler durch den Konkurrenten General Motors befasst sich die römische Tageszeitung „La Repubblica“:

„2009 wird ein furchtbares Jahr für die Autoindustrie sein, besonders in den Vereinigten Staaten, wo die Rezession und die Unwetter über der Finanzwelt ihre Auswirkungen zeigen werden. Detroit denkt schon über eine Serie dramatischer Schritte nach, die die aktuelle Machtverteilung revolutionieren könnten. Ford setzt auf den Verkauf von 20 Prozent an Mazda Motors und verzichtet so auf seine Rolle auf dem japanischen Markt. Und General Motors hat Verhandlungen über eine Fusion mit Chrysler begonnen, woraus ein Koloss ohne Rivalen auf internationaler Ebene geboren würde.“

Vertrauen ist ein scheues Reh

In der „Berliner Morgenpost“ lesen wir zum Thema Vertrauenskrise:

„Vertrauen ist eine riskante Vorleistung – schwer und langsam aufzubauen, aber ganz rasch zu zerstören. Deutschlands Volksparteien haben in den jüngsten Umfragen deutlich verloren. Die Zusicherung Angela Merkels, die Sparguthaben seien sicher, hat offenbar eher Misstrauen geschürt als Vertrauen geweckt. Denn was ist eine Staatsbürgerschaft wert, die im Ernstfall über Steuern finanziert wird? Vor allem aber: Wenn sich eine ansonsten gern taktierende Kanzlerin schon zu einer solch wichtigen Garantie durchringt – so mögen viele Bürger denken –, wird die Krise wohl weit schlimmer ausfallen als ohnehin vermutet.“

Zerstören und helfen in Afghanistan

Die „Mitteldeutsche Zeitung“ bespricht die Rolle der Bundeswehr in Afghanistan:

„Gehen die Isaf-Soldaten gegen die Taliban in Afghanistan Schlafmohn vor, zerstören sie zugleich die Grundlage zahlloser Bauern. Das kann die Lebensgrundlage der Bauern in der Region kaum zum ertragreicheren oder Gemüse für den Lebensunterhalt der Bauern machen. Eine Radikalisierung der Bauern ist die unausweichliche Folge sein. Schon heute sind mehr Afghanen ihre Feinde meist gegen die Taliban. Gehasst wird stattdessen die amerikanische Form trägt. Künftig wird noch mehr zerstört werden zwischen den Soldaten, die helfen. Damit ist die Bundeswehr als bisher, selbst wenn sie am Ort der Krise nicht teilnimmt. Eine entmutigend“

Seehofers Pokerspiel

In der „Passauer Neuen Presse“ wird über die Reform der Erbschaftsteuer berichtet:

„Da die CSU speziell beim Mittelschicht größeren Kredit hatte, wird Seehofers Spiel. Allerdings sind seine Trümpfe begrenzt. Kann die CSU es sich nicht leisten, die Erbschaftsteuer zu verweigern, womöglich die Erbschaftsteuer zu fallen und so vielleicht auch die CDU/CSU. Sie lieferte dann mit der CDU/CSU Partei nach dem Motto ‚Die Union ist die Lösung‘ eine Steilvorlage für ein Potential für die Familien, gegen das Merkel und Seehofer stehen.“

FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG

WIRTSCHAFT

MONTAG, 13. OKTOBER 2008 · NR. 239 · SEITE 11

Amerika treibt Verstaatlichung voran

Der Kauf fauler Kredite rückt bei der Rettung der amerikanischen Banken in den Hintergrund. Jetzt soll zum Teil verstaatlicht werden. Währungsfonds und Siebenergruppe wollen gemeinsam handeln.

ctg. WASHINGTON, 12. Oktober. Die amerikanische Regierung ändert im Bemühen um eine Rettung des Finanzsystems ihren Kurs: Während in Deutschland Bundeskanzlerin Angela Merkel und Finanzminister Peer Steinbrück an einem eigenen Rettungsplan für heimische Banken feilten, erwägt nun auch Henry Paulson direkte Kapitalspritzen für angeschlagene Kreditinstitute und eine staatliche Beteiligung an ihnen. Zwei Wochen nachdem der Kongress 700 Milliarden Dollar bewilligt hat, rückt in Washington der ursprüngliche Plan, faule Kredite und problematische Wertpapiere von Banken und anderen Marktakteuren zu kaufen, in den Hintergrund.

„Wir können das Geld der Steuerzahler sinnvoller und effizienter einsetzen, wenn wir ein standardisiertes Programm für den Kauf von Aktien von Finanzinstituten aufstellen“, sagte Paulson am Wochenende. Wie es hieß, will die amerikanische Regierung sich nun rasch, vermutlich innerhalb der kommenden beiden Wochen, an den ersten Banken beteiligen in der Hoffnung, durch eine solche Rekapitalisierung die Vertrauenskrise auf den Kreditmärkten zu beenden und die Darlehensvergabe an Unternehmen und Verbraucher wieder in Gang zu setzen. Zwar plant das Ministerium auch weiterhin Auktionen, in denen es illiquide gewordene Wertpapiere von den Banken kauft; doch der Umfang ist nicht klar. Paulson

hatte sich ursprünglich gegen direkte Beteiligungen an Finanzinstituten ausgesprochen. Die Regierung in Washington will aber keinen beherrschenden Einfluss auf die Institute ausüben, sondern durch den Kauf von Aktien sicherstellen, an künftigen Gewinnen beteiligt zu sein.

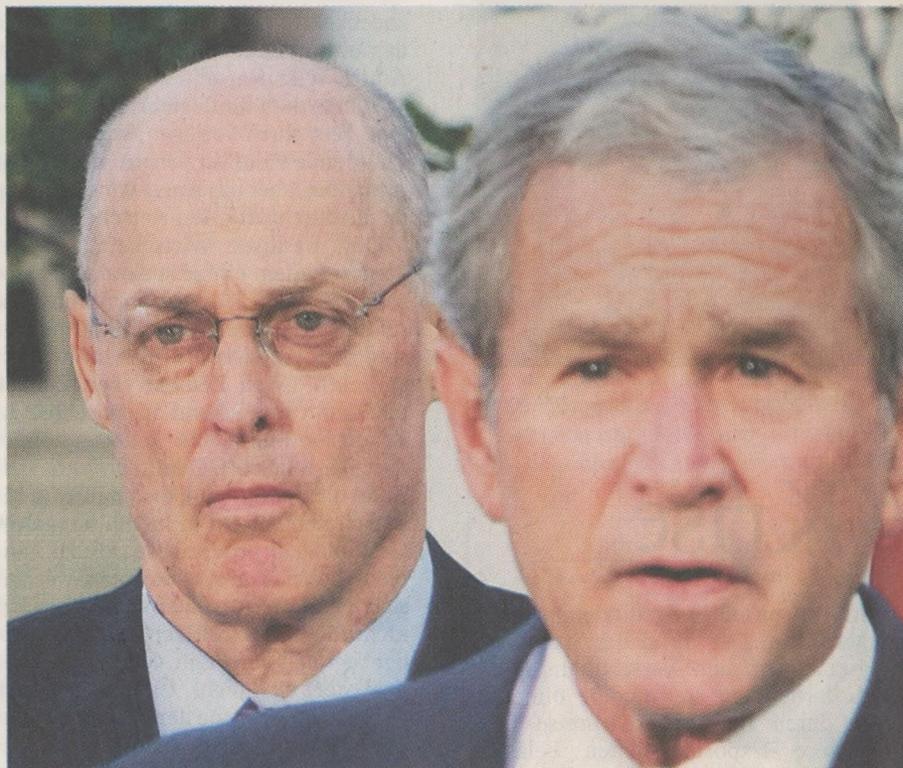
Die Finanzminister und Notenbankgouverneure der sieben führenden Industrienationen (G 7) und auch der Lenkungsausschuss des Internationalen Währungsfonds (IWF) verständigten sich derweil auf einen Aktionsplan zur Überwindung der Finanzkrise. Er enthält unter anderem das Versprechen, systemisch wichti-

ge Banken und Finanzmarktakteure mit staatlicher Hilfe vor einem Zusammenbruch zu bewahren. Außerdem sollen die Einlagensicherungsprogramme gestärkt werden, um das Vertrauen der Sparer zu erhalten. „Die internationale Gemeinschaft ist fest entschlossen, alle zur Verfügung stehenden Instrumente einzusetzen, um diese Krise zu beenden“, sagte der Vorsitzende des IWF-Lenkungsausschusses, der ägyptische Finanzminister Youssef Boutros-Ghali. IWF-Direktor Dominique Strauss-Kahn äußerte sich zufrieden, dass es nun ein international abgestimmtes Vorgehen gebe. „Wir haben seit Mona-

ten argumentiert, dass in einer solchen Krise gemeinsame Lösungen gefunden werden müssen. Nationale Alleingänge bringen nicht weiter, sind sogar schädlich“, sagte Strauss-Kahn. Der IWF stehe bereit, Mitgliedsländern mit Krediten zu helfen, sollten diese in Zahlungsbilanzschwierigkeiten geraten. „Wir stecken gemeinsam in dieser Krise, und wir werden gemeinsam herausfinden. Dafür werden wir alles tun, und die Weltwirtschaft wird gestärkt daraus hervorgehen“, sagte der amerikanische Präsident George Bush nach einem Treffen mit den G-7-Finanzministern im Weißen Haus.

Bundesfinanzminister Steinbrück und Bundesbankpräsident Weber sagten, es sei trotz des Schulterchlusses mit den G-7-Partnern wichtig, dass Länder Spielräume für eigene Rettungspläne behielten. Steinbrück sprach sich gegen einen gemeinsamen europäischen Topf zur Rettung von Banken aus und verwies auf Besonderheiten des deutschen Bankensystems mit seinen drei Säulen. „Die Sparkassen erweisen sich derzeit als wichtiger Stabilitätsanker.“ Weber sagte, es gebe bisher in Deutschland keine Kreditklemme, lediglich die Konditionen für die Darlehensvergabe hätten sich verschlechtert.

Nach Darstellung von Steinbrück muss eine staatliche Beteiligung an Banken an eine Reihe klarer Bedingungen geknüpft werden; das schließe auch ein Eingreifen in das Management, in die Dividendenpolitik und in die Vergütungsstruktur der Bankmanager ein. Nicht durchsetzen konnte sich der Minister im Kreis seiner G-7-Partner mit dem Vorschlag, Leerverkäufe von Aktien grundsätzlich zu verbieten. Hingegen sei sein Plan, Kreditrisiken nicht mehr zu 100 Prozent von den ursprünglichen Darlehensgebern an Investoren weiterreichen zu können, auf große Zustimmung gestoßen, sagte Steinbrück.



Henry Paulson an der Seite von George Bush

Foto AFP

Die Finanzkrise, Seiten 13 und 14

Ökonomen erwarten eine Rezession in Amerika

Die Finanzkrise wird die Wirtschaft schwer belasten

bf. WASHINGTON, 12. Oktober. Die Auswirkungen der Kreditkrise werden die amerikanische Wirtschaft nach Einschätzung von Volkswirten stark in Mitleidenenschaft ziehen. „Die Wirtschaft geht in eine schmerzhaft Rezession“, sagt Jan Hatzius, Chefvolkswirt Amerika der Bank Goldman Sachs. Thorsten Slok, ein Ökonom der Deutschen Bank in New York, sieht das ähnlich. In den Vereinigten Staaten, aber auch in Europa habe sich eine schwere „Kreditklemme“ entwickelt, die das Wirtschaftswachstum hemmen werde, sagt Slok voraus. Auch Roger Kubarych, Ökonom von Unicredit in New York, sieht den Ausblick getrübt. Der Wirtschaft stehe eine Phase der Anpassung bevor, die zwei bis drei Jahre dauere.

Hatzius geht davon aus, dass der Abschwung der amerikanischen Wirtschaft noch weiter an Fahrt gewinnen wird. Die steigende Arbeitslosigkeit bremse den Konsum, was wiederum zu zusätzlichen Entlassungen führen werde. Als Folge werde die Arbeitslosenquote von ihrem Tief von 4,5 Prozent im April 2007 bis Dezember 2009 auf das zyklische Hoch von 8 Prozent steigen. Dies wäre der größte Anstieg seit Mitte der siebziger Jahre. Dabei werde die amerikanische Wirtschaft im vierten Quartal 2008 auf Jahresbasis um 2 Prozent schrumpfen, sagt Hatzius voraus. Erst im zweiten Halbjahr 2009

werde die Wirtschaft wieder langsam zu wachsen beginnen. Die Jahreswachstumsraten dürften 2008 plus 1,5 Prozent und 2009 minus 0,2 Prozent betragen – wobei diese Schätzwerte eher optimistisch seien. Die Frage sei, ob die Politik die Krise in den Griff bekomme, sagt Hatzius.

Deutsche-Bank-Ökonom Slok sieht auch in dem starken Anstieg wichtiger Zinssätze ein Konjunkturrisiko. Zum Beispiel seien die Risikoaufschläge für amerikanische Kreditkartenkredite seit dem Juni von rund 50 auf rund 350 Basispunkte gesprungen, die Risikoaufschläge für Studienkredite von 25 auf 175 Basispunkte. Dies hemme die Kreditnachfrage und damit letztlich den Konsum, argumentiert Slok. Die Erfahrung lehre, dass die negativen Folgen einer solchen Kreditklemme umso besser begrenzt werden könnten, je früher die Geld- und Fiskalpolitik gegensteuere. In der gegenwärtigen Situation unbedingt notwendig sei, dass die Politik in den wichtigen Industrieländern nun endlich koordiniert vorgehe. Denn die Risikoprämien im Interbanken-Kreditmarkt dürften sich erst dann ermäßigen, wenn praktisch alle größeren Banken wieder als vertrauenswürdige Schuldner angesehen würden. Allerdings ist nach Ansicht der Ökonomen noch keineswegs sicher, dass die bahnbrechenden fiskal- und geldpolitischen Maßnahmen der

vergangenen Tage und Wochen die Finanzkrise tatsächlich eindämmen werden. Kubarych weist darauf hin, dass die Krise gerade erst angefangen habe, die reale Wirtschaft zu erfassen. Dies lasse befürchten, dass es auch im Unternehmenssektor noch zu größeren Konkursen kommen werde – welche die ohnehin angespannten Bankbilanzen weiter belasten würden. Auch Hatzius bereiten die Bilanzen der Banken Sorgen. Nach seiner Schätzung beträgt der Wertberichtigungsbedarf bei Hypotheken und anderen Krediten insgesamt rund 1400 Milliarden Dollar, von denen noch 600 Milliarden Dollar nicht verbucht seien; amerikanische Banken müssten wohl noch rund 300 Milliarden Dollar an Verlusten verkraften.

Slok und Hatzius befürworten vorsichtig die Überlegungen, dass sich der amerikanische Staat an angeschlagenen Banken mit Eigenkapital beteiligt. Eine Rekapitalisierung der Banken sei nötig, damit diese wieder mehr Kredite zu günstigeren Konditionen vergeben könnten, sagt Slok. Dies wiederum sei nötig, um die negativen Folgen der Kreditkrise für die reale Wirtschaft möglichst gering zu halten. Solch eine Einmischung des Staates in die private Wirtschaft sei in den Vereinigten Staaten allerdings nicht populär, sagt Hatzius. Sollte sich die Krise weiter zuspitzen, dürfte die Politik dazu aber Zuflucht nehmen.

Neuer Datenskanal in der Telekom

Die Informationen über 30 Millionen Kunden waren unzureichend gesichert

jcw. FRANKFURT, 12. Oktober. Der Skandal um die Datenlücken in der Deutschen Telekom hat am Wochenende einen neuen Höhepunkt erreicht. Der Konzern bestätigte am Samstag einen Bericht des Magazins „Der Spiegel“, dass es bis zum Abend des vergangenen Donnerstags möglich gewesen sei, mit nur wenigen Passwörtern von jedem Rechner mit Internetzugang auf die Daten von rund 30 Millionen Kunden zuzugreifen. Diese Lücke sei inzwischen geschlossen und ein neues Verfahren zur Zugangskontrolle etabliert. Der Konzern reagierte aber offenbar erst auf den bevorstehenden Magazinbericht.

Bis dahin war es möglich, in wenigen Schritten auf die Daten von Millionen Kunden in der Vertriebsdatenbank der Telekom zuzugreifen. Dort sind neben den Vertragsdaten wie der Adresse, den Telefonnummern und der Vertragsart auch die Kontonummer und die Einzugsermächtigung der Kunden hinterlegt. All diese Daten konnten nach erfolgreichem Überwinden der recht niedrigen Sicherheitshürden geändert werden. Sim-Karten konnten gesperrt, Einzugsermächtigungen erteilt oder neue Tarife eingegeben werden. Nach Angaben der Telekom konnte man sich von jedem Internetrechner mit wenigen Schritten in diese Daten-

bank einwählen – vorausgesetzt, man verfügte über die Internetadresse der Datenbank und die notwendigen Kennungen. All dies aber sind nach Ansicht von Sicherheitsexperten angesichts der Vielzahl der Vertriebspunkte und ihrer ebenso vielfältigen Mitarbeiter durchaus beschaffbare Daten, wenn man eine gewisse kriminelle Energie voraussetzt.



Der Telekom-Chef **René Obermann** muss wieder einmal eine Datenpanne eingestehen.

Foto AP

Erst am Freitag vergangener Woche hatte die Telekom in einer Pressekonferenz ihr neues Sicherheitskonzept vorgestellt und auch bekanntgegeben, dass die Zugangsverfahren zu den Datenbanken komplizierter gestaltet wurden. Auch soll in Kürze ein eigens für den Datenschutz bestelltes Vorstandsmitglied über die Sicherheit der Kunden- und Verbindungsdaten wachen. Während dieser Ver-

anstaltung war allerdings nur am Rande von den jetzt bekanntgewordenen Datenlecks die Rede. Die eilig am Donnerstag einberufene Pressekonferenz in Bonn diente vor allem dazu, die Sprengkraft des Magazin-Berichts zu entschärfen. Dem „Spiegel“ war es gelungen, sich auf dem geschilderten Weg einen Zugang zu den Systemen der Telekom zu verschaffen. Erst nachdem sie am Donnerstag damit konfrontiert worden war, reagierte die Telekom am Freitag. Der bisher für die Datensicherheit zuständige Konzernvorstand Timotheus Höttges bestritt allerdings zu diesem Zeitpunkt noch, dass Kontodaten der Telekom-Kunden ausgepäht werden konnten.

Erst am vergangenen Wochenende hatte die Telekom einräumen müssen, dass ihr die Daten von rund 17 Millionen Kunden der Tochtergesellschaft T-Mobile aus einem Datenleck im Konzern gestohlen wurden. Damit war dies der größte Daten-diebstahl in der Geschichte der Bundesrepublik. Unter den Betroffenen waren offenbar auch zahlreiche Politiker und Prominente, die ganz bewusst und aus Sicherheitsgründen auf die Eintragung ihrer Telefonnummern und Adressen in Telefonverzeichnisse verzichteten. Wer von dem neuerlichen Datenleck betroffen sein wird, ist noch nicht absehbar.

Frankfurter Allgemeine

ZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nackt wie die Telekom

Von Johannes Winkelhage

Der Schutz der Kundendaten in der Deutschen Telekom funktioniert noch schlechter als bisher angenommen. Im Wochentakt werden Mängel im Sicherheitskonzept des Konzerns entdeckt. Datenklau und Spitzelei scheinen an der Tagesordnung. Die jetzt bekanntgewordenen Zustände aber gehen noch über das befürchtete Maß hinaus. Ein Konzern, der die Daten seiner Kunden so ungeschützt der Öffentlichkeit preisgibt, braucht sich nicht zu wundern, dass diese das Vertrauen verlieren. Dabei geht es nicht darum, was heute schon geschehen ist. Es geht darum, was möglich wäre, wenn Hacker wirklich in großem Stil das Scheunentor zu den Telekom-Daten eingerannt hätten. Keiner weiß, ob dies geschehen ist. Kein Kunde der Telekom aber kann sicher sein, dass seine Daten nicht in fremden Händen liegen und irgendwann genutzt werden. Kontonummer, Adresse, Telefonnummer und alle anderen privaten Koordinaten inbegriffen, die man sonst nur zögerlich herausgibt: Nackt wie die Telekom. Es ist gruselig, welche Schwächen der Konzern offenbart. Es fehlt nicht mehr viel und Vorstandschef René Obermann gerät unrettbar in den Strudel der Ereignisse.

Blind wie die IG Metall

Von Sven Astheimer

Wann hört Lobbyismus auf und fängt Realitätsverlust an? Niemand kann absehen, da Politiker verzweifelt Rettungspakete für klamme Banken schnüren und versuchen, die Börsen-Hysterie in den Griff zu bekommen, welche Folgen das Chaos in der Finanz- und Bankenwelt für die reale Wirtschaft haben wird. Dass es dort Spuren hinterlassen wird, ist jedoch klar. Schon jetzt stehen Montagebänder in Autofabriken still, stornieren Reedereien Aufträge an Schiffswerften und verbinden Kunden selbst in eigentlich vor Kraft strotzenden Bereichen der deutschen Metall- und Elektroindustrie ihre Orders immer häufiger mit der Anfrage nach einer Finanzierung durch den Lieferanten. Und was macht die IG Metall? Deutschlands mächtigste Einzelgewerkschaft hat sich mit der höchsten Lohnforderung seit 16 Jahren veranlagt. Zwar bietet sie eine längere Vertragslaufzeit an, doch an dem Zuschlag von 8 Prozent hält sie aus symbolischen Gründen fest. Dabei wäre es allerhöchste Zeit, den Mitgliedern reinen Wein einzuschenken und über eine realistische Lohnvorstellung zu verhandeln. Dass die Zeiten sich ändern, ist den meisten Arbeitnehmern ohnehin längst klar.

Der Währungsfonds und die Krise

Von Claus Tigges, Washington

Die Jahrestagung von Internationalem Währungsfonds (IWF) und Weltbank hat diesmal ein anderes Drehbuch als in den vergangenen Jahren: Die globale Finanzkrise und ihre Folgen für die Weltwirtschaft sind das beherrschende Thema auf dem Treffen der 185 Mitgliedsländer der beiden multilateralen Institutionen in der amerikanischen Hauptstadt. Zuletzt, als es der Wirtschaft so gut erging wie lange nicht und eine Eintrübung des Konjunkturklimas als verhältnismäßig geringes Risiko galt, haben sich IWF und Weltbank auf ihren Tagungen vor allem mit sich selbst und ihrer Zukunft beschäftigt.

Am Wochenende aber kreisten nahezu sämtliche Gespräche zwischen Finanzministern und Notenbankgouverneuren um die Krise und um die Suche nach einem rettenden Weg aus jener Misere, die als eine der schwersten in die Geschichte eingehen wird. Im Grundsatz besteht zwar Einvernehmen darüber, dass die Spielregeln im Finanzsystem geändert werden müssen. Auf ein einheitliches Vorgehen haben sich die Teilnehmer aber nicht verständigt, trotz des eindringlichen Appells von IWF-Chef Strauss-Kahn. Das muss kein Nachteil sein, denn in der Tat weisen die nationalen Finanzsysteme trotz der engen globalen Verflechtung beträchtliche Unterschiede auf, die in einer globalen Lösung wohl nur unzureichend berücksichtigt werden könnten.

Die aktuelle Krise unterscheidet sich von früheren vor allem dadurch, dass diesmal private Marktakteure und nicht souveräne Staaten zahlungsunfähig geworden sind – sieht man einmal von Island ab, das in den Strudel der Bankpleiten geraten ist und nun mit Russland über einen Milliardenkredit verhandelt. Damit ist der IWF, der einst geschaffen wurde, um Mitgliedsländern aus Zahlungsbilanzschwierigkeiten zu helfen, als Krisenfeuerwehr nicht gefragt. Das ist durchaus erfreulich, wenngleich freilich nicht auszuschließen ist, dass in den kommenden Monaten noch das ein oder andere Schwellen- oder Entwicklungsland den IWF um finanzielle Hilfestellung bitten wird, falls verunsicherte Anleger ihr Kapital abziehen sollten. Die Wahrscheinlichkeit, dass Kreditpakete geschnürt werden, ist allerdings ungleich geringer als in früheren Zeiten, denn viele aufstrebende Nationen haben die Lehren aus den Finanzkrisen Ende der neunziger Jahre und zu Beginn des Jahrhunderts gezogen und sich wirtschaftspolitisch besser aufgestellt. Das gilt vor allem für die Auslandsverschuldung; sie ist nicht nur langfristiger, sondern auch häufiger in nationaler Währung aufgelegt – das verringert die Verwundbarkeit.

Der Währungsfonds hält sich nun aber keineswegs für entbehrlich, wittert in der Krise sogar eine Chance, sich als Forum wirtschaftlicher Zusam-

menarbeit zu profilieren. Das ist eine schöne Vorstellung, für die sich auch durchaus gute Argumente finden lassen: Der IWF verfügt nicht nur über ausgezeichnete Expertise in der Analyse makroökonomischer Rahmendaten und Entwicklungen, sondern auch in der Beobachtung der globalen Finanzmärkte. Letzteres ist übrigens Horst Köhler zu verdanken, der während seiner Zeit an der Spitze des Fonds die Kapitalmarkt-Abteilung geschaffen hat. Damit ist der Fonds wie kaum eine andere Institution in der Lage, die vielen unterschiedlichen Fäden zu einem Strang zusammenzuführen und Gefahren und Risiken in ei-

Einen Mehrwert bietet der IWF nur, wenn sein Rat aufgegriffen wird. Das ist oft nicht der Fall.

ner immer enger verflochtenen Weltwirtschaft aufzudecken.

Einen nennenswerten Mehrwert bietet der IWF gleichwohl nur dann, wenn seine Warnungen ernst genommen und seine Ratschläge von den Mitgliedern aufgegriffen werden. Das ist bisher meist nicht der Fall. Oft verhallen die Mahnungen des Fonds ungehört, sofern sie nicht als Bedingungen für einen Milliardenkredit formuliert sind. Der IWF ist häufig nur ein Ort des Palavers, nach dessen Ende die Mitglieder in alle Himmelsrichtungen enteilen und weiterwursteln wie zuvor. Nicht nur Länder wie die Vereinigten Staaten, Deutschland und andere Industrienationen, sondern mehr und mehr auch aufstrebende Schwellenländer wollen sich nicht ernsthaft vom Fonds in ihre Wirtschafts- und Finanzpolitik hereinreden lassen. Daran wird sich etwas ändern müssen, wenn der IWF, wie vielfach bekundet, eine zentrale Rolle in der globalen Wirtschaftspolitik spielen soll.

Die Bemühungen um eine Stärkung des Fonds sollten freilich nicht so weit gehen, ihn zu einer Art Weltwirtschaftsregierung aufbauen zu wollen. Eine einheitliche Geldpolitik, selbst für eine größere Gruppe von Ländern, mag sich noch erfolgreich ins Werk setzen lassen – die Europäer machen dies seit 1999 vor; andere Felder der Wirtschaftspolitik lassen sich mit einem Ansatz des „one size fits all“ nicht beackern.

Der IWF sollte im Grundsatz den Weg weiter gehen, den er schon eingeschlagen hat: so weit weg wie möglich von milliardenschweren Kreditpaketen, die nur rücksichtsloses Verhalten von Regierungen und Investoren schüren, und hin zu einer sorgfältigen Beobachtung und Überwachung weltwirtschaftlicher Entwicklungen. Wenn er darüber hinaus die ökonomische Zusammenarbeit seiner 185 Mitglieder stärkt, umso besser.

Die Finanzkrise: Auf der Suche nach Auswegen

Großbritannien wird Großaktionär der Banken

London stockt die Hilfe für die Finanzhäuser auf 75 Milliarden Pfund auf. Die Hälfte der Royal Bank of Scotland könnte an den Staat gehen.

bes. LONDON, 12. Oktober. Der britische Staat wird Großaktionär bei nahezu allen britischen Großbanken, mit Ausnahme von HSBC und Standard & Chartered. Schon am heutigen Montag wird voraussichtlich bekanntwerden, wie viele Milliarden Kapital die britischen Banken beim Staat nachfragen müssen. Die Umwälzungen durch die massive Staatsbeteiligung ist ein gewaltiger Schock für die Bewertung der Banken an den Aktienbörsen. In London wurde am Wochenende daher vermutet, die Börsen müssten möglicherweise ein bis zwei Tage geschlossen werden, um das internationale Rettungskonzept der Banken ohne die Panik der Märkte im Nacken auf den Weg bringen zu können.

Die britische Regierung hat ihr Angebot, britischen Banken mit Eigenkapital unter die Arme zu greifen, von 50 auf 75 Milliarden Pfund aufgestockt. Gleichzeitig hieß es in Großbritannien am Wochenende, die Bank von England poche hinter den Kulissen darauf, dass das Kernkapital der Banken bis Ende des Jahres von 6 auf 9 Prozent des Gesamtkapitals erhöht werde. Zum Vergleich: Die Deutsche Bank verfügt derzeit über eine Kernkapitalquote von etwa 10 Prozent. Britische Banken sind jedoch mit chronisch weniger Eigenkapital ausgestattet.

Kernkapital ist das Eigenkapital der Banken, das sie gegen die Ausgabe von Aktien erhalten haben und das als existenziell wichtiger Risikopuffer für etwaige Verluste vorgehalten werden muss. Es dient zudem dazu, das Verlustrisiko im Rahmen der Kreditvergabe abzudecken. Die massiven Abschreibungsverluste der letzten 12 Monate und die bevorstehenden Risiken aus der Rezession erfordern es, dass die Banken ihr Kapital schleunigst aufstocken. Ohne eine ausreichende

Kapitalausstattung fehlt es Kapitalgebern am Markt an Vertrauen, den Banken bei ihrer mittel- und kurzfristigen Finanzierung zu helfen. Der den Banken normalerweise offenstehende Weg, Eigenkapital über eine Kapitalerhöhung an der Börse aufzunehmen, bleibt ihnen nach dem dramatischen Kursverfall am Markt verschlossen. Auch halten sich die Staatsfonds mit neuen Kapitaleinschüssen zurück.

In der vergangenen Woche brachen die Aktienkurse von Royal Bank of Scotland 62 Prozent ein und von Barclays 48 Prozent. Mit Ausnahme von HSBC und Standard Chartered, die bereits betont haben, sie brauchten den Staat für Kapitalerhöhungen nicht, rauschten die Aktienkurse der Banken in die Tiefe. Die Royal Bank of Scotland (RBS) hat aufgrund des dramatischen Aktienkursverfalls jetzt nur noch eine Marktkapitalisierung von knapp 12 Milliarden Pfund, Barclays von 17 Milliarden Pfund, HBOS von 6,7 und Lloyds TSB von 11,3 Milliarden Pfund. All diese Banken müssen eine Kapitalerhöhung mit Hilfe des Staates vornehmen.

Am schlimmsten getroffen ist die RBS, die lediglich ein Kernkapital von 5,7 Prozent hat und voraussichtlich zwischen 10 bis 15 Milliarden Pfund Kapital vom Staat erbeten muss. Investoren werden kaum gewillt sein, RBS nochmals Kapital zur Verfügung zu stellen. Nach der teuren Übernahme von Teilen der ABN Amro und dem Ausbruch der Finanzkrise hatte die RBS die Aktionäre schon im Sommer mit der Bitte um 12 Milliarden Pfund neues Kapital überrascht. Diese Mittel haben sich jetzt praktisch in Luft aufgelöst.

Spekulationen, nach denen der Vorstandsvorsitzende der RBS, Sir Fred Goodwin, durch Stephen Hester, den ehemaligen Finanzvorstand von Abbey, ersetzt werden soll, halten sich daher hartnäckig in London; ebenso Berichte, der Verwaltungsratsvorsitzende der RBS, Tom McKillop, müsse gehen.

Um die Kapitalerhöhungen schneller durchziehen zu können, haben die Briten ihr Rettungssystem angepasst: voraussichtlich werden die geplanten Kapital-



Trübe Aussicht: Londons Finanzdistrikt Canary Wharf

Foto AFP

erhöhungen mit Hilfe normaler Aktien vorgenommen, die zwar zunächst dem Markt und den Altaktionären angeboten werden, aber vom Staat gezeichnet werden. Das bedeutet, dass der britische Staat das Kapital an die Banken zahlt und dafür eine Beteiligung erhält, sollten die Aktionäre und Investoren am freien Markt nicht mitspielen. Nach Angaben der „Sunday Times“ wird die Royal Bank of Scotland um bis zu 15 Milliarden Pfund Kapital bitten. Barclays wird 3 Milliarden Pfund Kapital aufnehmen wollen, da ihre

Kernkapitalquote nach der Übernahme von Lehman Brothers bei etwa 6,8 Prozent liegt. HBOS sucht 10 Milliarden Pfund und Lloyds TSB 7 Milliarden Pfund. Sollten diese Beträge stimmen und Investoren nicht bereit sein, sich an den Kapitalerhöhungen zu beteiligen, würde dies bedeuten, dass der britische Staat nach der Kapitalspritze eine Beteiligung von mindestens 50 Prozent an der RBS halten würde, von 70 Prozent an HBOS, von 17 Prozent an Barclays und 38 Prozent an Lloyds TSB.

IG Metall macht Zugeständnis

Längere Laufzeit denkbar / Hohe Lohnforderung bleibt

svs. FRANKFURT, 12. Oktober. Die Gewerkschaft IG Metall hat erstmals durchblicken lassen, mögliche Folgen der Finanz- und Bankenkrise in der aktuellen Tarifrunde zu berücksichtigen. „Ich bin durchaus bereit, auf die wirtschaftlichen Unsicherheiten zu reagieren“, sagte der Erste Vorsitzende Berthold Huber dem „Spiegel“. Denkbar sei ein Tarifvertrag mit einer Laufzeit von zum Beispiel zwanzig Monaten statt der eigentlich geforderten zwölf. Von der Lohnforderung will Huber jedoch nicht abweichen. Die IG Metall fordert für die rund 3,5 Millionen Beschäftigten in der Metall- und Elektroindustrie 8 Prozent mehr Geld. Huber begründete das Festhalten an der Forderung mit der guten Entwicklung der Branche: „Ich sehe in unserer Branche derzeit keine Krise.“

Die Arbeitgeber reagierten zurückhaltend auf das Angebot. „Die Laufzeit ist ein Element eines Abschlusses unter vielen, entscheidend bleibt der Inhalt“, sagte Ulrich Bocker, der Hauptgeschäftsführer des Arbeitgeberverbandes Gesamtmetall, dieser Zeitung. Einem Moratorium, wie es von einigen Landesverbänden angeregt wurde, steht er ebenfalls skeptisch gegenüber. „Wir würden durch

ein Moratorium, das als ein Zeichen der Ratlosigkeit empfunden werden könnte, nichts gewinnen.“ Ein Aufschub sei nur dann sinnvoll, wenn man auch wisse, wann es weitergehe. Dies sei aber derzeit nicht der Fall. Derzeit nehme die Verunsicherung täglich zu, nicht nur unter Finanzprofis, sondern auch unter Arbeitnehmern und Unternehmern als potentiellen Investoren. „Wenn wir in unserer Branche als dem größten Industriezweig für Klarheit sorgen, haben wir gesamtgesellschaftlich für mehr Sicherheit gesorgt, als durch eine Hängepartie.“

Bislang haben die Arbeitgeber der IG Metall lediglich einen Inflationsausgleich in Aussicht gestellt. Es wird erwartet, dass die Tarifkommission von Gesamtmetall sich am 21. Oktober auf ein Angebot verständigen wird, um es in den Verhandlungen am 22. oder 30. Oktober der Gewerkschaft zu unterbreiten. Huber hatte gegenüber dieser Zeitung sein Interesse an einer Einigung noch in diesem Monat klargestellt. Am 31. Oktober endet mit Ablauf des Tarifvertrags auch die Friedenspflicht. Sollte bis dahin kein aus ihrer Sicht akzeptables Angebot vorliegen, hat die IG Metall schon Warnstreiks für November angekündigt.

Bahn lotet Privatplazierung aus

Nach der Verschiebung des Börsengangs

enn. BERLIN, 12. Oktober. Nach dem Beschluss, den Börsengang der DB Mobility Logistics zu verschieben, wollen der Vorstandsvorsitzende der Deutschen Bahn, Hartmut Mehdorn, und Finanzvorstand Diethelm Sack von diesem Montag an die Chancen für eine außerbörsliche Plazierung von Bahn-Aktien ausloten. Dazu werden sie im Einvernehmen mit der Bundesregierung abermals Gespräche mit potentiellen Großinvestoren führen, etwa mit Fonds in China, Singapur und Nahost sowie der russischen Staatsbahn. Für einen Börsengang noch im November, der zunächst als Hoffnungstermin galt, stehen die Chancen angesichts der jüngsten Entwicklung an den Finanzmärkten

schlecht. Eine private Plazierung erscheint daher als Möglichkeit, die Bahn-Privatisierung aus dem Wahlkampf herauszuhalten. Seit der Verschiebung ist die Debatte über das Ob und Wie einer Privatisierung neu entflammt. Die Grünen und die FDP befürworten sie zwar, verlangen aber eine Herauslösung des Netzes aus dem Konzern. SPD-Linke, Linke und Gewerkschaften stellen hingegen das gesamte Projekt in Frage. In der Koalition gibt es indes Zustimmung für neue Bemühungen. SPD-Fraktionsvize Ludwig Stiegler sagte dem „Tagesspiegel“, für einen neuen Anlauf komme es nicht auf die tägliche Lage an den Börsen an, „sondern auf den Zahlungswillen großer Investoren“.

Sparkassenpräsident Haasis fordert andere Mentalität

„Schluss mit der Überheblichkeit der Banken“ / Ruf nach staatlichem Schutzschild für alle

bf. WASHINGTON, 12. Oktober. Der deutsche Sparkassenverband fordert von der Bundesregierung weitreichende Maßnahmen zur Stabilisierung der Finanzmärkte, gleichzeitig aber auch einen „grundlegenden Mentalitätswechsel in der Kreditwirtschaft“. Nur so könne es gelingen, das zutiefst erschütterte Vertrauen der Bevölkerung wiederzugewinnen, sagte Heinrich Haasis, der Präsident des Deutschen Sparkassen- und Giroverbands, am Rande der Tagung von Weltbank und Internationalen Währungsfonds in Washington.

Haasis räumte ein, dass die Finanzbranche für die Krise und ihre Auswirkungen auf die Wirtschaft die Verantwortung trage. Die Finanzbranche müsse daraus die Lehren ziehen und sich künftig wieder als „dienende Branche definieren“. „Es muss Schluss sein mit der Überheblichkeit“, sagte der Sparkassenpräsident. In den nächsten Jahren werde die Finanzwirtschaft „kleine Brötchen backen müssen“.

Der Sparkassenpräsident befürwortete den Kurswechsel der Bundesregierung, statt auf die Rettung einzelner Banken nun auf die Stabilisierung des Finanzsystems insgesamt zu zielen. „Eine systemische Krise kann man nur mit einem Gesamtansatz und nicht mit Einzelfallregelungen bekämpfen“, argumentierte Haasis. In der Konsequenz müsse ein staatlicher Schirm aber für alle Banken gespannt werden und nicht nur, wie von den Finanzministern und Notenbankgouverneuren der sieben führenden Industrienationen (G 7) am Freitag vereinbart, für die „systemrelevanten Kreditinstitute“. Denn um das Vertrauen in die Banken wiederherzu-

stellen, dürfe es kein Rätselraten geben, welches Institut als systemrelevant gelte und welches nicht. Andernfalls könnten die Kunden ihre Einlagen zu den staatlich geschützten Instituten umschichten. „Damit würden Krisenmechanismen erst in Gang gesetzt, die man doch eigentlich bekämpfen wollte.“ Haasis wandte sich gegen Überlegungen, die unterschiedlichen Sicherungssysteme von Privatbanken, Genossenschaftsbanken und Sparkassen zusammenzulegen. Die drei Gruppen arbeiteten nach ganz unterschiedlichen Geschäftsstrategien und -philosophien, betonte der Sparkassenpräsident. Deshalb



Heinrich Haasis

Foto dpa

sei nicht sachgerecht, sie untereinander in Haftung zu nehmen. „Deutlich gesagt: Wir können uns nicht vorstellen, dass Sparkassen grundsätzlich für die Probleme bei Großbanken haften.“ Insbesondere an die Adresse der international tätigen Großbanken, aber auch der Landesbanken gerichtet, forderte Haasis „eine Neubestimmung und Neubestimmung der Geschäftsstrategien“. Als drei Eckpunkte nannte Haasis: Weg von der reinen Renditemaximierung hin zu einer ganzheitlichen Unternehmenssteuerung, welche Nachhaltigkeit, Substanz und Stabilität höher als bisher gewichtet. Weg vom Glauben, dass allein die Größe eines Betriebs schon ein Vorzug sei. Und schließlich: „Weg vom unkritischen Glauben an die überlegene Effizienz des Kapitalmarktes hin zu der Erkenntnis, dass der Markt nicht besser sein kann als seine Teilnehmer.“ Haasis hob hervor, dass die Sparkassen, aber auch die Genossenschaftsbanken nicht so stark wie andere Kreditinstitute von den Liquiditätsnöten betroffen seien, da sie sich in erster Linie über Kundeneinlagen refinanzierten. Diese beiden Institutsgruppen gäben dem deutschen Finanzmarkt Stabilität. Das zeige sich auch daran, dass die Sparkassen ihre Kreditvergabe an Unternehmen und Selbständige in den ersten acht Monaten 2008 gegenüber dem Vorjahr um 13,5 Prozent erhöht hätten. „Wir erkennen in Deutschland keine Kreditklemme“, sagte Haasis. Nach einer neuen Umfrage seien inzwischen 83 Prozent der Deutschen gegen eine Privatisierung von Sparkassen. „Manchmal zeigt erst die Krise, wem die Menschen wirklich vertrauen.“

Bange Banker

Finanzgrößen betteln um Staatshilfe / Von Benedikt Fehr

WASHINGTON, 12. Oktober. Das Wetter ist prächig, und auch die Empfänger und Arbeitssessen am Rande der Jahrestagung von Währungsfonds und Weltbank sind so opulent wie eh und je. Doch bei den meisten der zu Tausenden angereisten Bankmanager ist die Stimmung gedrückt wie nie zuvor. Es ist, als ob uns die sieben biblischen Plagen gleichzeitig heimgesucht hätten, umreißt ein alter Fahrgenosse des Bankgewerbes die Lage: Erdbeben an den Aktienmärkten, Trockenheit an den Geldmärkten, Wirbelstürme über den Rohstoffmärkten – und eine Flut von Nachrichten, dass die Finanzkrise überall auf der Welt die Wirtschaft erfasst hat.

Eine Abwärtsspirale, wie sie in den vergangenen Tagen in Gang gekommen ist, hat noch keiner erlebt, hätte sich niemand auch nur vorstellen können. Je nach persönlichem Temperament mehr oder minder kleinlaut, räumen die ansonsten so selbstbewussten Banker ein, die Probleme aus eigener Kraft nicht mehr meistern zu können. Es handele sich um

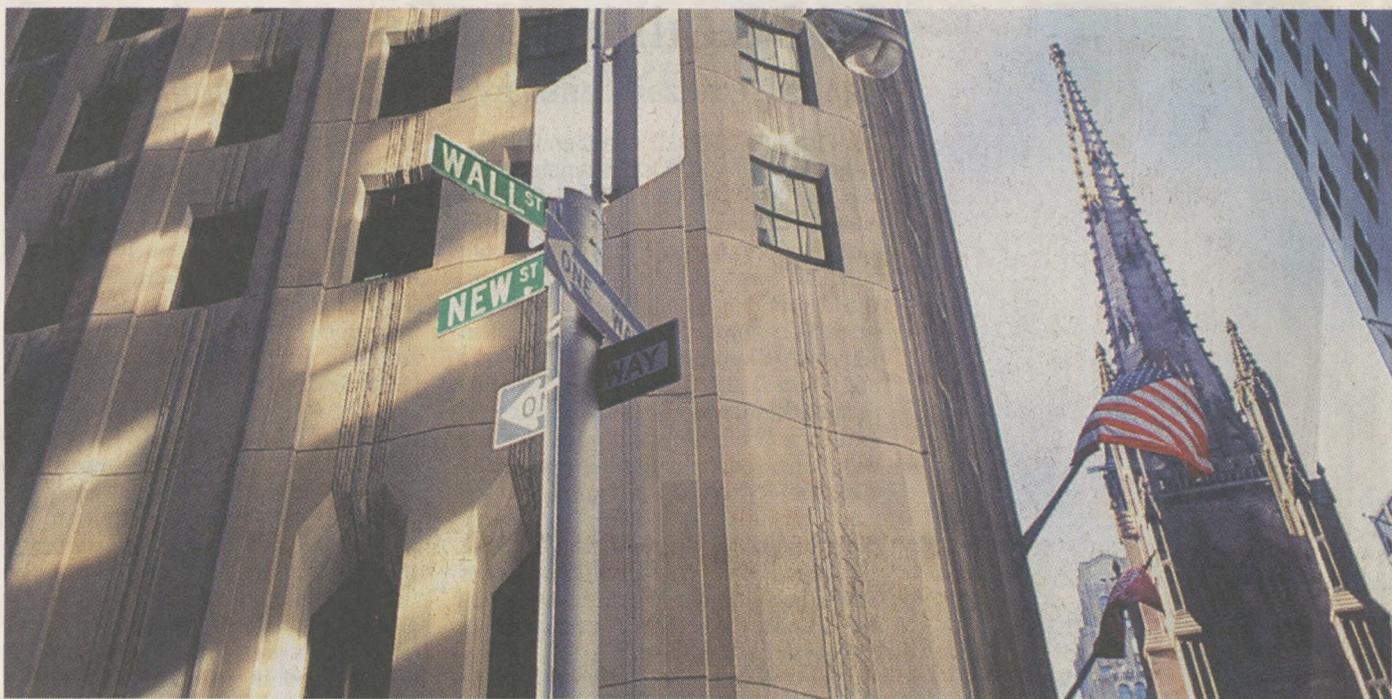
eine Systemkrise, ist der Tenor aller Gespräche, jetzt müsse der Staat ran, sprich der Steuerzahler. Alles hänge nun daran, dass die Politik in den nächsten Tagen konkrete Maßnahmen ergreife, um die Märkte zu stabilisieren. Nur so könne das in den Grundfesten erschütterte Vertrauen wieder zu heilen beginnen.

Mit dem Eingeständnis eigener Schuld, wie von Bundespräsident Horst Köhler gefordert, tun sich die meisten Banker allerdings schwer. Anders die Verbandspräsidenten: Am Samstag Heinrich Haasis für die Sparkassen und am Sonntag Klaus-Peter Müller für die privaten Banken räumen unumwunden ein, dass die Finanzbranche Verantwortung für die Krise und deren Folgen trage. Gleichzeitig üben sich die meisten Banker aber fleißig im Fingerzeigen. Demnach haben vor allem die amerikanischen Finanzinstitute die Krise mit fahrlässiger Kreditvergabe heraufbeschworen. Die Ratingagenturen haben versagt, die Aufseher geschlafen, die Notenbanken die Zinsen zu lange zu niedrig gehalten.

Und natürlich gibt es auch Kritik an den Reaktionen der Politik, die als Feuerwehr gerufen wurde, um ungezählte Großbrände gleichzeitig zu löschen. Die Investmentbank Lehman nicht mit Steuergeld zu retten, sondern fallenzulassen, habe die Abwärtsspirale erst richtig in Fahrt gebracht, ist oft zu hören. Anschließend habe es an internationaler Koordination gefehlt. So habe sich eine Krise des Gesamtsystems entwickelt, die nun alle Banken mit in den Strudel ziehe – auch die eigene.

Anders als sonst ist das Gipfeltreffen der Banker in diesem Jahr aber nicht der Nabel der Finanzwelt. Die Musik, darin sind sich alle einig, spielt beim Treffen der europäischen Staats- und Regierungschefs in Paris. Voll Bangen hoffen die Banken, dass die Politiker ein wirkungsvolles Rettungspaket schnüren – und dass die Börsen und Märkte darauf am Montag mit Erleichterung reagieren werden. Was passiert, wenn es nicht so kommt? Das wolle er sich gar nicht vorstellen, antwortet Bankenpräsident Müller.

Die Finanzkrise: Auf der Suche nach Auswegen



Hoffnungswert Trinity Church: die Kirche der Wall Street

Foto Edgar R. Schoepal

„Alles leergeräumt“

Szenen aus der Wall Street / Von Corinna Budras

NEW YORK, 12. Oktober. „Entschuldigen Sie, wo ist denn der Bulle?“ Der Tourist aus Spanien steht vor der New Yorker Börse und ist sichtlich irritiert. Schließlich gehört die berühmte Bronzestatue auf die Prioritätenliste jedes Besuchs in Manhattan. Aber er kann das Tier einfach nicht finden. Nicht vor der Börse, nicht hinter der Börse und schon gar nicht in der Börse.

Am vergangenen Freitag war von einem Bullen in den engen Straßen der Stadt nichts zu sehen. Draußen mochte die Sonne zwar am Himmel scheinen. Doch drinnen auf dem Handlungsparkett der Stock Exchange herrschte finstere Stimmung. Die Woche war nicht nur schlecht, sie war für viele eine Katastrophe. Am Donnerstag stürzte in den letzten Minuten vor Handelsschluss der Aktienindex Dow Jones in die Tiefe. Am Freitag sackten die Indizes aller großen Aktienbörsen auf der Welt ab. Am Wochenende herrschten Angst und Furcht.

Dort, wo der Schock seinen Ausgang nahm, regiert Ratlosigkeit. Schon seit Wochen versuchen sich amerikanische Regierung und Kongress mit aller Kraft gegen die Finanzkrise zu stemmen. Sie schnürten ein 700 Milliarden Dollar schweres Rettungspaket, doch die Aktienkurse rutschen tiefer in den Keller. Einen „Crash im Zeitlupentempo“ nennt das „Wall Street Journal“ die Ereignisse der Woche.

„Wenn wir wüssten, woran es liegt, wären wir in einer sehr viel besseren Verfassung“, erklärt ein junger Banker. Er sitzt mit seinem Kollegen zur Mittagszeit auf den Stufen vor der Börse, kaut lustlos an seinem Sandwich und weiß nichts mehr zu sagen. Die sonst so geschwätzige Branche ist verstummt. Anleger, Analysten und Händler sind geschockt. Guter Rat ist teuer. Wer sich doch auf das glatte Parkett der

Spekulationen begibt, gerät schnell ins Schlingern. Das Ende des Verbots von Leerverkäufen habe seinen Teil zu dem Absturz beigetragen, erzählt ein anderer Händler. Die amerikanische Börsenaufsicht hatte vor drei Wochen diese Handelsmethode großer und kleiner Spekulationsfonds kurzfristig untersagt. Damit sollten die Finanzmärkte vor größeren Turbulenzen verschont werden. In der Nacht vom Mittwoch auf Donnerstag lief dieses Verbot aus. Dann kam der Crash, schließlich das Schweigen.

Wenn rationale Gründe versagen, bleibt immer noch der Verweis auf Emotionen. Gefühle dienen im Spiel um das ganz große Geld oft als Erklärung. Psychologie ist die Hälfte des Geschäfts. Die blanke Panik habe die Investoren dazu getrieben, am Ende der vergangenen Woche noch schnell einige Positionen abzustoßen, sagt ein Banker und blickt kaum von seinem Mobiltelefon auf. Ein junger Mann von Morgan Stanley räumt ein, sicherheitshalber einen Teil seines Vermögens in Gold angelegt zu haben. Gerne hätte er auch noch mehr als zehn Unzen gekauft, aber derzeit sei auf dem Markt einfach kein Gold zu ergattern. „Alles leergeräumt.“ Einige Experten hätten schon seit geraumer Zeit vorausgesagt, dass es eine gewaltige Kurskorrektur auf den globalen Märkten geben werde. „Das erschien logisch“, gibt er zu.

Diejenigen, die die Gründe für die aktuelle Misere zu kennen scheinen, sind dagegen viel zu beschäftigt, um Auskunft zu geben. „Credit Default Swaps“, keucht ein älterer Herr im Nadelstreifenanzug, der schwingenden Schrittes an der New Yorker Börse vorbeieilt. Da sind sie wieder diese drei Wörter, die seit dem Beginn der Krise die Nachrichten dominieren, ohne

dass jemand in einem kurzen Satz erklären könnte, was sich dahinter verbirgt. Die inzwischen insolvente Investmentbank Lehman Brothers habe an diesem Freitag einiges verkaufen müssen, sagt er kurzatmig. Aber warum dann der Kurssturz? „Das war im Vorgriff auf diese Verkäufe“, erklärt er hastig und schiebt dann nach: „Es ist leider nicht ganz so einfach, aber das ist ein großer Teil davon.“ Immerhin hat er noch ein paar tröstende Worte, bevor er geht: „Bald ist der Tiefpunkt erreicht.“

Gary Krasinsky hat immerhin Zeit, in der Sonne noch eine Zigarette zu rauchen, um seine Nerven zu beruhigen. Er ist Händler auf dem heißen Parkett und versucht, gute Miene zum bösen Spiel zu machen: Alle bemühten sich an diesem Tag, positive Stimmung zu verbreiten, sagt er über die Atmosphäre unter den Kollegen, und es ist ihm anzusehen, dass dies nicht so ganz gelingen mag. Auch der Aktienkurs scheint das ständige Auf und Ab der Gefühlswallungen nachzuzeichnen: Im Laufe der Tage zitterte sich der Dow Jones Index durch eine Bandbreite von mehr als tausend Punkten. Damit ist er so volatil wie noch nie zuvor in seiner mehr als hundertjährigen Geschichte. In nur fünf Handelstagen hatte er 18 Prozent verloren.

Für eine zwanglose Stimmung vor dem Handelssaal sorgen nur die Besucher aus Übersee, die mit ihren japanischen Videokameras das gute Wetter zum Filmen nutzen. Schließlich findet auch der Tourist aus Spanien, wonach er so suchte: Der Bulle steht nicht vor der New York Stock Exchange mit der Adresse Wall Street Nummer 11. Er steht um die Ecke, ganz in der Nähe des Broadway. Auf der Vergnügungsmeile liegt in einem der Schaufenster eines großen Buchladens der Titel zur Zeit: John Irvings „Lasst die Bären los“.

Geld abheben oder nicht?

Szenen aus der Provinz: Die Finanzkrise hat den Alltag erreicht. Geld abheben oder nicht, das ist hier die Frage.

Von Jan Grossart

OBERVIECHTACH, 12. Oktober. Schon am Mittag riecht es am Kirchplatz nach Kaminrauch, der wie ein Vorbote des Winters über den Dächern Oberviechtachs liegt. Eineinhalb Stunden Autofahrt sind es von Nürnberg bis in die Kleinstadt nahe der tschechischen Grenze, der Weg führt durch hügelige Wälder, die rot, gelb und tannengrün leuchten. Gelb leuchtet auch das Werbetransparent der Commerzbank, das groß vor der Bankfiliale an der Hauptstraße für Kontoneueröffnungen wirbt. In dem Gebäude wartet ein Anlageberater an seinem Schreibtisch unter einem Kruzifix auf Kundschaft. Nervös sagt der Mann mit gelber Krawatte, nichts dazu sagen zu dürfen, wie Kunden in Oberviechtach auf die Bankenkrise reagieren; diese Anweisung sei aus Frankfurt gekommen.

Im Ortskern von Oberviechtach gibt es drei Metzger, drei Bäcker, drei Bankfilialen. Auch in der Filiale der Sparkasse findet sich eine Spur dessen, was Wirtschaftshistoriker als die größte Finanzkri-



Gastwirt Karl Pösl

Foto Grossart

se seit 1929 bezeichnen: An einer Litfaßsäule im Vorraum hängt neben Fahndungsplakaten und Postern, die eine Altkleidersammlung und das Gastspiel eines Kosakenchors ankündigen, ein Fax aus Berlin. Darauf hat ein Mitarbeiter der Sparkasse mit orangenem Textmarker unterstrichen: „Washington Mutual keine Sparkasse“, „kein Anleger muss sich Sorgen um Einlagen bei seiner Sparkasse machen.“ Popmusik beruhigt, und wenige ziehen ein paar Euro für das Feuerwehrgeld am Abend aus den Automaten.

Und die Ängste sind doch in Oberviechtach angekommen. Ein Anlagebera-

ter, der seinen Namen nicht nennen will, sagt, fast jeder zweite seiner 250 Kunden sei in der vergangenen Woche besorgt zum Beratungsgespräch erschienen, doch am Ende habe nur einer sein Geld abgehoben, eine ordentliche Summe. Die Anleger seien verunsichert, sagt er, und ließen jetzt alles verkaufen, was „Fonds“ heißt oder „Zertifikat“ oder in ihren Ohren sonstwie dubios klingt. „Leider flüchten sie auch aus offenen Immobilien- oder Geldmarktfonds, wirklich konservativen Anlagen.“ In der Filiale der „Raiffeisenbank im Naabtal“ surrt der Geldautomat, ein Brunnen plätschert, und der Mann, der mit rosigem Gesicht hinter dem Schalter steht, erzählt, die Kunden seien erst recht verunsichert, seit Angela Merkel mit ihrer Staatsgarantie für Sparanlagen vor die Presse getreten sei.

In der Nachmittagssonne füllt sich das Café am Kirchplatz etwas. Ein kantiger Bayer, der dort in grüner Strickjacke Platz genommen hat, berichtet, auf einer Beerdigung vorgestern, da sei die Bankenkrise das große Thema gewesen und auch die Frage, ob man sein Geld abheben solle. Einige Pessimisten seien entschlossen gewesen, ihr Geld jetzt von den Privatbanken zu nehmen und bei Genossenschaftsbanken und Sparkassen anzulegen, die mit „denen da oben“ möglicherweise nicht so viel zu tun hätten. „Am Ende kann doch sowieso niemand nachvollziehen, was die da oben für Rädchen drehen, und wir hier können nur abwarten, was passiert“, sagt der pensionierte Lehrer. So sähen es hier die meisten.

Einige Wochen lang war in Oberviechtach die Bayern-Wahl das wichtigste Thema und was vom Zustand der CSU zu halten sei. Erst seit wenigen Tagen hebt die Lokalzeitung die Banken auf ihre Titelseite. „Krise des Finanzsystems bedroht Weltwirtschaft“ steht im „Neuen Tag“. Dessen Lokalteil befasst sich an diesem Freitag aber lieber mit dem Schicksal einer Katze, die sich nach einer Schwanzamputation „pudelwohl“ fühle, anstatt die Frage aufzugreifen, was die Oberpfalz denn so mit dem Weltfinanzsystem zu tun hat. Die Stammtische diskutieren dieses Thema allerdings schon seit einigen Tagen. Im Gasthof „Zur Goldenen Sonne“ sagt der erste Gast, der sein frühes Feierabendbier trinkt: „Hier im Ort will jetzt keiner mehr eine Lebensversicherung, du kannst keinem mehr trauen, ich will jetzt auch meine Riester-Rente kündigen.“ Der kleine, grauhaarige Mann in blauer Latzhose, der als Lastwagenfahrer arbeitet, sagt, die Leute hier sähen seit der Krise noch etwas schwärzer, als sowieso. Die Wirtin nickt, spricht von den irren Heizkosten und ist sich zunächst sicher, „die da oben“ würden ihr Geld jetzt sowieso wieder in der Schweiz in Sicherheit bringen. Sie staunt sehr, als sie hört, dass selbst mindestens eine sehr große Schweizer Bank in der Finanzkrise wankt. Neben an im Gasthof Pösl schimpft der Inhaber Karl Pösl lieber über die Gier des kleinen Mannes. Die Leute seien selbst schuld, wenn sie ihr Tagesgeld unbedingt bei einer isländischen Bank wie der eben zwangsverstaatlichten

Kaupthing anlegten müssten. „Das ist, als wenn ich meine Lasagne für 2,50 Euro verkaufe, das steht gegen jeden Wert, und am Ende bin ich pleite.“

Am Friedhof, der ruhig an einer Anhöhe nahe dem Dorfweiher liegt, pflanzt eine ältere graue Dame gelbe Chrysanthemen auf das Grab ihres Mannes. Sie erzählt, auch sie besitze „so ein Zertifikat“, und obwohl sie sich sorgt, will sie es behalten. Denn der Raiffeisenbank gehe es schließlich seit 40 Jahren gut, und man habe ihr versprochen, das Geld und das Zertifikat seien sicher. Gemeinsam mit einer zweiten Witwe im roten Mantel lacht die Dame viel: Die beiden lachen, wenn



Tina Breitschäfer

Foto Grossart

sie vom Tod ihrer Männer erzählen, und sie lachen, wenn sie von den jetzigen Sorgen ums Geld sprechen. „Was sollen wir denn sonst machen als lachen, wir Oberpfälzer Weiber“, sagt die Graue. „Wir stehen doch sowieso nicht, was da in Amerika los ist“, sagt die Rote.

Am Ortsausgang hält Tina Breitschäfer in ihrem kleinen Kiosk einen Bogen Panini-Fußballsticker in der Hand, knetet diesen nervös hin und her und antwortet auf die Frage, ob nicht auch die Raiffeisenbank in Oberviechtach werde kippen können, da habe sie noch gar nicht drüber nachgedacht, aber jetzt, wo sie nachdenke, sei die Antwort ein klares „Ja“, denn die Banken hingen doch alle irgendwie zusammen. „Für mich hat es fast den Eindruck“, sagt sie, „man muss das alles kaputtgehen lassen, damit man dann wieder neu anfangen kann“. Seit einigen Tagen werde auch in ihrem Laden viel über Banken geredet, deren Namen hier vor zwei Monaten noch niemand gehört habe. Tina Breitschäfer lässt ihre Brille von einer Hand in die andere wandern und sagt: „Ich habe den Eindruck, dass wir alle so ein bisschen den Kopf im Sand vergraben. Viele sagen, eigentlich müsste man das Geld nach Hause holen, aber dann geht doch niemand.“

„Nicht nur der Markt, auch die Politik hat versagt“

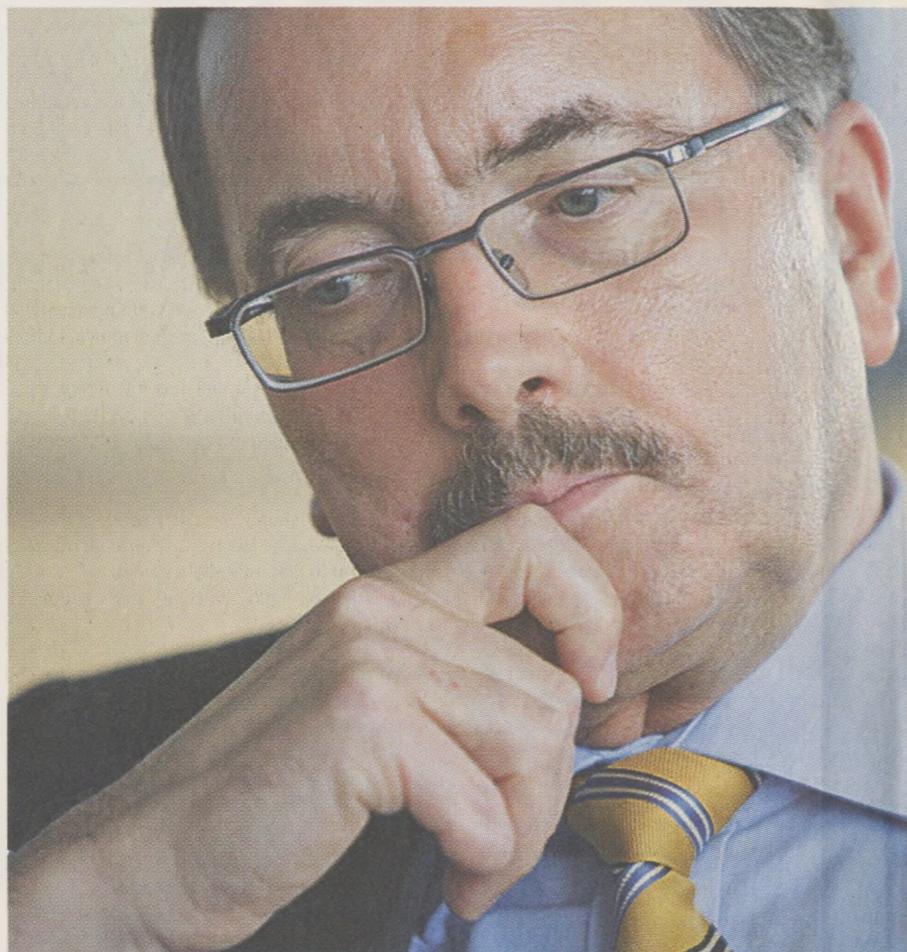
Jürgen Stark, Chefvolkswirt der Europäischen Zentralbank, zu den Ursachen und den Folgen der Finanzkrise

ctg. WASHINGTON, 12. Oktober. Die globale Finanzkrise sollte nicht leichter Hand ausschließlich auf ein Versagen des Marktes und der marktwirtschaftlichen Ordnung geschoben werden. Zu den Ursachen der Misere, die ihren Ursprung auf dem amerikanischen Häusermarkt hat, zählt auch ein Versagen der Politik. Diese Einschätzung hat Jürgen Stark, Chefvolkswirt der Europäischen Zentralbank (EZB), im Gespräch mit dieser Zeitung geäußert.

„Wir sollten nun nicht vergessen, dass eine expansive makroökonomische Politik und eine fehlende Regulierung für neue Finanzprodukte mit ins Bild gehören und das Wohneigentum hier in Amerika über Jahre hinweg in erheblichem Maße staatlich gefördert worden ist. Die Aufweichung der Kreditstandards auf Teilen des Hypothekenmarktes war politisch gewollt“, sagte der europäische Währungshüter während der Jahrestagung von Internationalem Währungsfonds und Weltbank am Wochenende in Washington.

Die Übertreibungen an den Märkten, die sich derzeit auf so schmerzhaft Weise entladen, seien aber letztlich von den Bankvorständen zu verantworten, nicht nur in Amerika, sondern auch in Europa und anderswo. „Die Frage ist, sind die Bankmanager diese Risiken bewusst eingegangen, womöglich um angesichts niedriger Zinsen ihren Renditehunger zu stillen? Oder wussten sie eigentlich gar nicht so genau, welche Risiken sie sich aufladen?“ Scharfe Kritik übte Stark an den Entlohnungsstrukturen in der Finanzwelt. „Mir geht es gar nicht um die Höhe von Gehältern. Aber die Anreize zu einem nachhaltigen Wirtschaften sind nicht richtig gesetzt, wenn Bankvorstände nur Bonuszahlungen erhalten und kein Verlustrisiko übernehmen, wenn die Geschäfte schlechter laufen. Hier wird sich etwas ändern müssen“, forderte Stark.

Für notwendig hält der Notenbanker auch eine Änderung der Bilanzregeln und



Jürgen Stark

Foto Daniel Pilar

der Eigenkapitalvorschriften für Finanzinstitute. Es dürfe nicht so leicht wie bisher möglich sein, komplizierte und risikoträchtige Engagements auf speziell eingerichtete Gesellschaften (Conduits) zu übertragen und sie damit aus der eigenen Bilanz zu entfernen. Die Möglichkeit, durch eine Verbriefung von Forderungen Risiken zu streuen, beurteilt Stark nach wie vor grundsätzlich positiv. „Das Problem ist nur gewesen, dass auch Marktakteure mit hypothekenbesicherten Wert-

papieren und komplizierten Kreditderivaten gehandelt haben, die sie selbst nicht verstanden. Wir brauchen insgesamt ein höheres Maß an Transparenz. Es wäre nicht richtig, dieses Marktsegment insgesamt zu verteufeln.“

Stark rechnet damit, dass es noch eine Weile dauern wird, bis die „tief greifende Restrukturierung des Finanzsystems“ abgeschlossen sein wird. Das Gewicht des Finanzsektors in der Gesamtwirtschaft werde geringer, eine Schrumpfung, die

nach den Übertreibungen der vergangenen Jahre notwendig sei, sagte Stark. Und er ist zuversichtlich, dass die Banken in Europa insgesamt die Krise verkraften werden: „Wir sind zwar keineswegs immun, das ist ja schon deutlich geworden. Ich halte das europäische Finanzsystem aber insgesamt für etwas flexibler und widerstandsfähiger.“ Die Versorgung des Finanzsektors mit frischem Kapital, die in vielen Ländern notwendig sei, solle nach Möglichkeit von den Banken selbst übernommen werden. Nur wo dies aufgrund der Marktlage derzeit nicht in Frage komme, „sollte der Staat in der Rekapitalisierung einspringen“. Dafür müssten aber Bedingungen vereinbart werden, die die Belastungen für die Regierung und damit letztlich für die Steuerzahler so gering wie möglich hielten.

Ziel der EZB, die seit Monaten den Marktakteuren zusätzliche Liquidität bereitstellt, sei es, den Interbankenmarkt schnell wieder funktionsfähig zu machen. Das sei nicht leicht, zumal die strukturellen Verwerfungen und der Vertrauensverlust inzwischen so groß seien, dass sie allein mit zusätzlicher Liquidität nicht überwunden werden könnten. Die jüngste Zinssenkung, die im Konzert mit anderen Notenbanken vorgenommen wurde, sei „vor allem als Signal an die Märkte und nicht so sehr als kurzfristige Hilfe“ zu verstehen. Sie sei unter anderem deshalb möglich geworden, weil der Preisdruck und auch die Inflationserwartungen im Euro-Raum geringer geworden seien.

Die Geldpolitik sei gefordert, ihren Analyserahmen für die Zukunft zu erweitern und die Entwicklung von Vermögenspreisen wie Immobilienpreisen sorgfältig zu beobachten. Die Währungshüter müssten sich bewusst sein, welche Übertreibungen sich dort ergeben könnten und welche gesamtwirtschaftlichen Folgen dies habe. Noch nicht abzusehen ist nach den Worten Starks, auf welche Weise sich der Übertragungsmechanismus der Geldpolitik auf die Realwirtschaft durch die Umbrüche im Finanzsektor mittelfristig verändern werde.

Krise bedroht Entwicklungsländer

Weltbank: Arme dürfen nicht den höchsten Preis zahlen

ctg. WASHINGTON, 12. Oktober. Die Finanzkrise bedroht nicht nur die Volkswirtschaften von Industrienationen, sie ist auch eine Gefahr für arme Entwicklungsländer. Die Menschen dort, die schon seit Monaten unter den hohen Nahrungsmittel- und Energiepreisen gelitten haben, werden nun womöglich noch weiter zurückgeworfen in ihrem Bemühen, der Armut zu entkommen. Davon hat Weltbankpräsident Robert Zoellick während der Jahrestagung von Internationalem Währungsfonds und Weltbank am Wochenende in Washington eindringlich gewarnt und die internationale Gemeinschaft zur Hilfe aufgerufen. „Wir müssen nicht nur die Finanzwelt retten, sondern auch die Menschen“, sagte Zoellick. „Die Ärmsten dürfen nicht den höchsten Preis der Krise bezahlen.“

Der Weltbankpräsident rechnete vor, dass die Wachstumsrate der Entwicklungsländer von 6,6 Prozent in diesem auf rund 4 Prozent im kommenden Jahr

sinken werde. „Das ist ein harter Schlag.“ Der für viele dieser Länder wichtige Export werde sinken, weil die Konjunktur in den Abnehmerländern schwächer werde. Damit stehe auch ein Rückgang der Investitionen zu befürchten. Bundesentwicklungshilfeministerin Heidemarie Wieczorek-Zeul pflichtete Zoellick bei: „Die Entwicklungsländer leiden unter der dreifachen Krise. Sie sind massiv von den gestiegenen Nahrungsmittelpreisen betroffen. Ihre Kosten für Öleinfuhren sind dramatisch gestiegen, und jetzt gefährdet die Bankenkrise ihr Wachstum zusätzlich.“

Nach Auskunft Zoellicks sind seit Mai rund 850 Millionen Dollar in die ärmsten und von der Nahrungsmittelkrise am härtesten betroffenen Entwicklungsländer geflossen, um dort Hungersnöten vorzubeugen. Die Weltbank hatte im Mai als Reaktion auf die Krise einen Hilfstopf von 1,2 Milliarden Dollar geschaffen.

Banken räumen Fehler ein

Verbandspräsident Müller unterstützt britische Pläne

bf. WASHINGTON, 12. Oktober. Bankenpräsident Klaus-Peter Müller hat sich am Sonntag in Washington zuversichtlich gezeigt, dass der Gipfel der Euro-Länder in Paris und die Beschlüsse der Siebener-Gruppe (G 7) in Washington zu einem Wendepunkt in der Finanzkrise werden. „Das Beispiel Großbritannien zeigt, dass umfassende Strategien sinnvoll und möglich sind“, sagte der Präsident des Bundesverbands deutscher Banken (BdB). Wenn schnell und entschlossen gehandelt werde, bestehe die Chance, die realwirtschaftlichen Folgen der Krise einzugrenzen.

Müller betonte, dass es sich bei etwaigen Beteiligungen des Staates an Kreditinstituten nicht um Verstaatlichungen oder auch nur Teilverstaatlichungen handle. Denn es sei nur an eine zeitlich be-

fristete Zufuhr von Kapital gedacht, bis die Kapitalmärkte wieder funktionierten. Der BdB unterstütze die Pläne, aufgrund der Krise die Regeln hinsichtlich der Bewertung von Wertpapieren zu Marktpreisen zu ändern. Den Banken solle die Möglichkeit eingeräumt werden, Wertpapiere vom Handelsbuch in das Bankenbuch zu übertragen und ihren Wert im dritten Quartal auf gleicher Höhe wie im zweiten Quartal anzusetzen. Dass soll weiterem großen Wertberichtigungsbedarf und Verlusten der Banken vorbeugen. Wichtig sei, dass die Krisenstrategie in allen Ländern aufeinander abgestimmt werde. Es dürfe nicht zu Wettbewerbsverzerrungen kommen. Weiter sagte Müller: „Banken haben Fehler gemacht, sie tragen deshalb einen Teil der Verantwortung für die Krise.“